Stadt Kamen

Niederschrift

Rat

über die
1. Sitzung des Rates
am Mittwoch, dem 22.02.2017
in der Kamener Stadthalle

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 19:45 Uhr

Anwesend

Bürgermeister
Herr Hermann Hupe

SPD
Herr Thomas Blaschke
Herr Carsten Diete
Herr Joachim Eckardt
Frau Petra Hartig
Herr Hans-Dieter Heidenreich
Herr Daniel Heidler
Herr Peter Holtmann
Frau Renate Jung
Herr Klaus Kasperidus
Frau Christiane Klanke
Herr Martin Köhler
Herr Michael Krause
Herr Gökcen Kuru
Herr Friedhelm Lipinski
Herr Ulrich Marc
Frau Ursula Müller
Herr Volker Sekunde
Frau Ulrike Skodd
Herr Theodor Wältermann
Herr Manfred Wiedemann
Frau Nicola Zühlke

CDU
Herr Karsten Diederichs-Späh
Herr Rainer Fuhrmann
Frau Rosemarie Gerdes
Herr Wilhelm Kemna
Herr Helmut Krause
Herr Ralf Langner

Frau Susanne Middendorf
Frau Ina Scharrenbach

Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Frau Anke Dörlemann
Herr Stefan Helmken
Herr Timon Lütschen
Frau Bettina Werning

DIE LINKE / GAL
Herr Klaus-Dieter Grosch

FW/FDP
Frau Heike Schaumann
Herr Helmut Stalz

Ortsvorsteher
Herr Heinz Henning
Herr Ulrich Klein
Frau Ursula Lungenhausen
Herr Hans-Jürgen Senne

Verwaltung
Frau Lisa Drescher
Frau Julia Freundl
Herr Tim Hilkenbach
Frau Elke Kappen
Herr Dr. Uwe Liedtke
Frau Sabrina Lohsträter
Frau Ingelore Peppmeier
Herr Ralf Tost

Personalrat
Herr Uwe Fleißig
Herr Alfred T. Supper

Gäste
Herr Jochen Baudrexl, GSW

Entschuldigt fehlten
Herr Ralf Eisenhardt
Herr Gunther Heuchel
Frau Lana Schnack
Herr Dietmar Wünnemann

Der Bürgermeister, Herr **Hupe**, begrüßte die Ratsmitglieder sowie die Mitarbeiter der Verwaltung, die Gäste und Vertreter der Presse, stellte die Beschlussfähigkeit fest und eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung.

Änderungen der Tagesordnung wurden nicht gewünscht.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Einwohnerfragestunde	
2	Verabschiedung eines ausgeschiedenen Ratsvertreters und des Ortsvorstehers Kamen-Mitte	
3	Neuwahl eines Ortsvorstehers für die Ortschaft Kamen-Mitte	005/2017
4	Einführung und Verpflichtung eines Ratsvertreters und eines Ortsvorstehers	
5	Umbesetzung von Ausschüssen	016/2017
6	Wahl von Mitgliedern des Behindertenbeirates	135/2016
7	Wahl eines ordentlichen Mitgliedes in die Gesellschafterversammlung der Kamener Betriebsführungsgesellschaft mbH	012/2017
8	Wahl eines ordentlichen und stellvertretenden Mitgliedes in die Verbandsversammlung Sparkasse UnnaKamen	014/2017
9	Wahl eines ordentlichen und stellvertretenden Mitgliedes in den Aufsichtsrat der TECHNOPARK KAMEN GmbH	015/2017
10	Wahl eines stellvertretenden Mitgliedes in die Mitgliederversammlung der Naturförderungsgesellschaft Kreis Unna	013/2017
11	14. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Kamen	008/2017
12	Erlass einer ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen	018/2017
13	Genehmigung einer außerplanmäßigen investiven Mehrausgabe in Höhe von 550.000 € im Produkt 54.01.01 hier: Baumaßnahme „Lärmschutzwall Schimmelstraße“	017/2017
14	Bewerbung der Stadt Kamen um den Titel "FairTrade Town"	004/2017
15	Bürgerwald Kamen	003/2017
16	Bäderplanung	
16.1	Bericht der Verwaltung	
16.2	Antrag der Fraktion Die LINKE/GAL	
17	Förderantrag zum Breitbandausbau	007/2017
18	Erhöhung der Beteiligung der GSW an der Trianel Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG sowie der damit verbundenen mittelbaren Beteiligung an der Komplementär-GmbH und an Projektgesellschaften	006/2017

19	Spielgeräte auf den Schulhöfen der Schulen hier: gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, B90/Die Grünen, Die LINKE/GAL und der FW/FDP	
20	Bewirtschaftung des öffentlich-geförderten Parkhauses am Bahnhof in Kamen-Mitte hier: Antrag der CDU-Fraktion	
21	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Einwohnerfragestunde

Herr Burkhard **Allebrodt** übergab dem Bürgermeister eine Liste mit 2.381 Unterschriften zum Erhalt der Kleinschimmhalle in Kamen-Heeren. Er bat, die Sorgen der Unterstützer ernst zu nehmen.

Der **Bürgermeister** nahm die Unterschriftenliste entgegen und versprach, das Anliegen bei der Entscheidungsfindung zu berücksichtigen.

Herr Rolf **Lepke** verwies auf einen Artikel im Hellweger Anzeiger und fragte hinsichtlich des heutigen CDU-Antrages zur Parkraumbewirtschaftung nach der Einführung eines Gratisparktickets.

Der **Bürgermeister** antwortete, dass ein Gratisparkticket nur mit einer Bewirtschaftungsgrundlage eingeführt werden könne. Diese werde gerade geprüft. Der heutige Antrag verfolge ein anderes Ziel. Er bot Herrn Lepke ein persönliches Gespräch an, um die Thematik zu erörtern.

Frau Gerdes nahm ab 17:05 Uhr an der Beratung und Beschlussfassung teil.

Zu TOP 2.

Verabschiedung eines ausgeschiedenen Ratsvertreters und des Ortsvorstehers Kamen-Mitte

Zu Beginn verabschiedete der **Bürgermeister** Herrn Dirk Ebbinghaus und erinnerte an dessen langjährige Mitarbeit im Rat und verschiedenen Ausschüssen sowie in den zahlreichen Beteiligungsgremien. Insbesondere würdigte er seine 20-jährige Tätigkeit als 2. stellvertretender Bürgermeister. Er lobte ihn als kooperativen und loyalen Menschen und sprach ihm Dank für seinen kommunalpolitischen Einsatz und für sein soziales Engagement für die Stadt Kamen aus. Für die Zukunft wünschte er ihm gesundheitliches Wohlergehen.

Herr **Ebbinghaus** bedankte sich für die wertschätzenden Worte und überreichte dem Bürgermeister zur Erinnerung eine Skulptur von Heinrich Kemmer.

Danach verabschiedete der **Bürgermeister** den Ortsvorsteher für den Ortsteil Kamen-Mitte, Heinz Henning. Er erinnerte an seine über 20-jährige Tätigkeit als Ortsvorsteher und seine Mitarbeit im Rat sowie als sachkundiger Bürger. Er dankte Herrn Henning für seine engagierte Aufgabenerfüllung als Ortsvorsteher und hob seine Verlässlichkeit und Herzlichkeit hervor. Er lobte ihn als Bindeglied zwischen den Bürgern und der Verwaltung. Er sprach Herrn Henning im Namen von Rat und Verwaltung seinen aufrichtigen Dank aus.

Herr **Henning** bedankte sich für die anerkennenden Worte, erinnerte kurz an seine Tätigkeit im Rat und lobte die Arbeit des Rates und der Verwaltung.

Zu TOP 3.
005/2017 Neuwahl eines Ortsvorstehers für die Ortschaft Kamen-Mitte

Beschluss:

Der Rat wählt bis zum Ende seiner Wahlzeit Herrn Max Pasalk zum Ortsvorsteher der Ortschaft Kamen-Mitte.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Nach erfolgreicher Wahl zum neuen Ortsvorsteher für die Ortschaft Kamen-Mitte gratulierte der **Bürgermeister** Herrn Pasalk. Er wünschte ihm gutes Gelingen für seine neue Aufgabenerfüllung.

Herr Kasperidus nahm ab 17:30 Uhr an der Beratung und Beschlussfassung teil.

Zu TOP 4.

Einführung und Verpflichtung eines Ratsvertreters und eines Ortsvorstehers

Der **Bürgermeister** verpflichtete den Ortsvorsteher Herrn Max Pasalk und das neue Ratsmitglied Herrn Helmut Krause.

Zu TOP 5.
016/2017 Umbesetzung von Ausschüssen

Beschluss:

Der Rat beschließt folgende Umbesetzung:

Behindertenbeirat

	bisher	neu
ordtl. Mitglied	Manuela Wolf	Martina Dulleck-Blumenröhr
ordtl. Mitglied	Ulrike Skodd	Jan Kalthoff
stv. Mitglied	Helmut Filmann	Manfred Scholz

Familien-, Sozial- undGenerationen-ausschuss

	bisher	neu
ordtl. Mitglied	Ralf Langner	Rainer Fuhrmann

Gleichstellungsbeirat

	bisher	neu
ordtl. Mitglied	Dirk Ebbinghaus	Helmut Krause

Integrationsrat

	bisher	neu
ordtl. Mitglied	Dirk Ebbinghaus	Helmut Krause

Partnerschafts-ausschuss

	bisher	neu
stv. Mitglied	Dirk Ebbinghaus	Helmut Krause

Rechnungsprüfungs-ausschuss

	bisher	neu
ordtl. Mitglied	Dirk Ebbinghaus	Helmut Krause
stv. Vorsitz	Dirk Ebbinghaus	Wilhelm Kemna

Umwelt- und Klima-schutzausschuss

	bisher	neu
stv. Mitglied	Dirk Ebbinghaus	Helmut Krause

Wirtschafts-ausschuss

	bisher	neu
ordtl. Mitglied	Dirk Ebbinghaus	Ralf Langner
stv. Mitglied	Ralf Langner	Wilhelm Kemna

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 6.
135/2016 Wahl von Mitgliedern des Behindertenbeirates

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kamen wählt auf Vorschlag des Blinden- und Sehbehindertenvereins Kreis Unna, Gruppe Kamen nachstehende Vertreter in den Behindertenbeirat:

Mitglied	Stellvertreter
Heinz-Detlef Klafke	Monika Grünheit

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 7.
012/2017 Wahl eines ordentlichen Mitgliedes in die Gesellschafterversammlung der Kamener Betriebsführungsgesellschaft mbH

Beschluss:

Der Rat wählt bis zum Ende seiner Legislaturperiode als ordentliches Mitglied in die Gesellschafterversammlung der Kamener Betriebsführungsgesellschaft mbH:

bisher:	Dirk Ebbinghaus
neu:	Wilhelm Kemna

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 8.
014/2017 Wahl eines ordentlichen und stellvertretenden Mitgliedes in die Verbandsversammlung Sparkasse UnnaKamen

Beschluss:

Der Rat wählt für die Dauer seiner Wahlzeit nachstehende Mitglieder in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Sparkasse UnnaKamen:

	ordentliches Mitglied	stellvertretendes Mitglied
bisher:	Dirk Ebbinghaus	Rosemarie Gerdes
neu:	Rosemarie Gerdes	Rainer Fuhrmann

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 9.
015/2017 Wahl eines ordentlichen und stellvertretenden Mitgliedes in den Aufsichtsrat der TECHNOPARK KAMEN GmbH

Beschluss:

Der Rat wählt bis zum Ende seiner Legislaturperiode nachstehende Mitglieder in den Aufsichtsrat der TECHNOPARK KAMEN GmbH:

	ordentliches Mitglied	stellvertretendes Mitglied
bisher:	Dirk Ebbinghaus	Ralf Eisenhardt
neu:	Reiner Schulte-Barth	Rainer Fuhrmann

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 10.
013/2017 Wahl eines stellvertretenden Mitgliedes in die Mitgliederversammlung der Naturförderungsgesellschaft Kreis Unna

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kamen beschließt folgende Umbesetzung in die Mitgliederversammlung der Naturförderungsgesellschaft Kreis Unna:

bisher: Dirk Ebbinghaus

neu: Helmut Krause

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 11.
008/2017 14. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Kamen

Bezugnehmend auf die Änderungen in der Gemeindeordnung NRW und der Entschädigungsverordnung merkte der **Bürgermeister** an, dass in der Hauptsatzung keine weiteren Ausschüsse von der Regelung der zusätzlichen Aufwandsentschädigung für Ausschussvorsitzende ausgenommen würden. Desweitern schlage die Verwaltung durch Hauptsatzungsregelung vor, den Rat in vier Bereichen an den Geschäften der laufenden Verwaltung zu beteiligen.

Die SPD-Fraktion werde der Satzungsänderung zustimmen, so Herr **M. Krause**. Aufgrund der Einführung des Gesetzes zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung seien die Änderungen in der Hauptsatzung nachvollziehbar. Seine Fraktion trage diese mit. Der Grundgedanke zur Einführung des Gesetzes und die Anerkennung der ehrenamtlichen Tätigkeit sei gut, aber die Höhe der zusätzlich monatlichen Aufwandsentschädigungen für Ausschussvorsitzenden sehe er kritisch. Es sei unzulässig,

pauschal alle Ausschüsse von der Regelung auszunehmen und seine Fraktion halte es für schwierig, eine Differenzierung zwischen den Ausschüssen vorzunehmen. Daher werde seine Fraktion keine weiteren Ausschüsse vorschlagen, die von der Regelung ausgenommen werden sollten. Er teilte mit, dass die Ausschussvorsitzenden der SPD-Fraktion einen individuellen Verzicht auf die zusätzliche Aufwandsentschädigung für Vorsitzende erklärt haben.

Die Stärkung des kommunalen Ehrenamtes sei wichtig, betonte Frau **Schaumann**. Allerdings sehe auch die FW/FDP-Fraktion die zusätzliche Aufwandsentschädigung für Vorsitzende kritisch. Die Höhe sei unverhältnismäßig hoch im Vergleich zu anderen ehrenamtlichen Tätigkeiten und schwäche daher das Ansehen des kommunalen Ehrenamtes. Sie begrüßte daher den individuellen Verzicht der Ausschussvorsitzenden der SPD-Fraktion und wünschte sich diesen über die nächste Wahlperiode hinaus.

Die Fraktion B90/Die Grünen habe sich statt einer zusätzlichen Aufwandsentschädigung für Vorsitzende, Beispielsweise die Zahlung eines doppelten Sitzungsgeldes gewünscht, so Frau **Dörlemann** Auch ihre Fraktion sehe sich nicht in der Lage, einzelne Ausschüsse zu bewerten und diese von der Regelung auszunehmen. Wie auch Frau Schaumann kritisierte sie die negative Darstellung des Gesetzes zur Stärkung des kommunalen Ehrenamtes in der Presse. Die Fraktion B90/Die Grünen werde der Satzungsänderung zustimmen. Sie erhoffe sich auch zukünftig einen Verzicht der Ausschussvorsitzenden auf eine zusätzliche Aufwandsentschädigung.

Herr **Grosch** lobte die zusätzlichen Beteiligungsrechte des Rates bei Geschäften der laufenden Verwaltung. Die Änderung der Gemeindeordnung halte er nicht für zielführend, da das Ehrenamt dadurch nicht gestärkt würde. Er betonte, dass ein Mehraufwand in Höhe von 35.000 Euro im Jahr entstehen würde. Er sprach sich für eine Ausnahme aller Ausschüsse in der Hauptsatzung aus, da er nach seiner Kenntnis diese Möglichkeit für zulässig halte. Daher beantragte Herr Grosch nach Geschäftsordnungsbeschluss, die Wörter im § 13 Abs. 3 f der Hauptsatzung „Vorsitzende von Ausschüssen des Rates mit Ausnahme des Wahlprüfungsausschusses“ zu streichen.

Herr **H. Krause** begrüßte den Verzicht der Ausschussvorsitzenden der SPD-Fraktion. Allerdings habe er den Ausschussvorsitzenden seiner Fraktion empfohlen, weiterhin abzuwarten, bis der Landtag sich zu einer Lösung äußere. Er halte den individuellen Verzicht für rechtswidrig. Auch er werde sich nicht anmaßen, die verschiedenen Ausschüsse zu bewerten und auszunehmen. Die CDU-Fraktion werde der Satzungsänderung zustimmen.

Er könne die Regelung nicht unterstützen, so Herr **Grosch**. Daher habe er den Sachantrag gestellt. Er fragte nach der juristischen Bewertung zum individuellen Verzicht.

Der **Bürgermeister** teilte mit, dass ein individueller Verzicht eines Mandatsträgers auf die zusätzliche Aufwandsentschädigung zulässig sei. Dies entspreche der Rechtsauffassung der Kommunalaufsicht des Landes. Die Verwaltung sehe keine formale Notwendigkeit, die Verzichtserklärung zurückzuweisen. Alternativ könne die Aufwandsentschädigung an die Mandatsträger aber auch ausgezahlt werden und diese entscheiden selbst über die Verwendung, z.B. als Spende.

Inhaltlich würde der Sachantrag der Fraktion Die LINKE/GAL Zustimmung finden, so Frau **Schaumann**. Allerdings sehe sie es rechtlich kritisch. Daher werde die Fraktion FW/FDP sich bei der Abstimmung zum Sachantrag enthalten.

Zum Sachantrag der Fraktion Die Linke/GAL betonte der **Bürgermeister**, dass die zusätzlichen Wörter in § 13 Abs. 3 f analog zur Änderung des § 46 GO NRW in die Hauptsatzung aufgenommen worden seien. Eine Streichung dieser Wörter sei daher unzulässig, so dass er den Beschluss im Nachgang ggf. beanstanden müsse. Um den Antrag aufrecht zu halten, sei die Möglichkeit gegeben, die Wörter „des Wahlprüfungsausschusses“ auf „alle Ausschüsse“ zu ändern.

Herr **Grosch** stimmte dieser Änderung zu.

Die SPD-Fraktion werde dem Sachantrag nicht zustimmen, so Herr **Heidler**. Nach ihrer Rechtsauffassung sei einzig der Weg des individuellen Verzichtes der Ausschussvorsitzenden rechtssicher. Sollte im Nachgang eine andere Auffassung vertreten werden, werde seine Fraktion sich für eine entsprechende Anpassung der Hauptsatzung einsetzen und ggfls. den individuellen Verzicht erneut prüfen.

Abstimmung über den Sachantrag der Fraktion Die LINKE/GAL:

Beschluss:

In § 13 Abs. 3f der vorgelegten 14. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung werden die Wörter „des Wahlprüfungsausschusses“ auf „alle Ausschüsse“ ersetzt.

Abstimmungsergebnis: bei 33 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt

Abstimmung über die Beschlussvorlage 008/2017:

Beschluss:

Die vorgelegte 14. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Kamen wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: bei 1 Gegenstimme mehrheitlich angenommen

Zu TOP 12.
018/2017 Erlass einer ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen

Auf die Nachfrage von Frau **Schaumann**, warum bei vier möglichen verkaufsoffenen Sonntagen nur zwei genutzt werden sollen, antwortete der **Bürgermeister**, dass damit die bewährte Praxis der vergangenen Jahre auf Wunsch der organisierten Kaufmannschaft in der Innenstadt fortgesetzt werde.

Herr **M. Krause** merkte an, dass dieser Beschluss sich nicht nur auf das begonnene Jahr richte, sondern auch für die Folgejahre gelte. Die Kopplung mit dem Frühlingsmarkt und Hansemarkt halte er für richtig und auch das Ansinnen der organisierten Händler in der Innenstadt (KIG e.V.) sei moderat und vertretbar. Die SPD-Fraktion werde der Beschlussvorlage zustimmen.

Aus religiöser Sicht sehe sie die verkaufsoffenen Sonntage eher kritisch, so Frau **Dörlemann**. Allerdings sei die Bedeutung des Frühlings- und Hansemarktes für die Kamener Kaufleute der Grund für die Zustimmung ihrer Fraktion.

Herr **Grosch** verwies auf die neue Rechtsprechung und die Bedenken der Kirche und Gewerkschaft. Daher werde er die Beschlussvorlage ablehnen.

Der **Bürgermeister** merkte an, dass die neue Rechtsprechung hinlänglich bekannt sei und diese erörtert worden sei. Das Ergebnis eines intensiven Abwägungsprozesses sei angemessen und maßvoll und ein gelungener Kompromiss.

Frau **Scharrenbach** sprach sich für zwei verkaufsoffene Sonntage aus. Die CDU-Fraktion werde dem Beschluss zustimmen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kamen beschließt die vorgelegte „Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen“, gleichzeitig tritt die „Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen“ vom 15.03.2016 außer Kraft.

Abstimmungsergebnis: bei 1 Enthaltung einstimmig angenommen

Zu TOP 13.
017/2017 Genehmigung einer außerplanmäßigen investiven Mehrausgabe in Höhe von 550.000 € im Produkt 54.01.01
hier: Baumaßnahme „Lärmschutzwall Schimmelstraße“

Herr **Diederichs-Späh** begrüßte den Lärmschutzwall. Allerdings sei er irritiert über die lange Laufzeit der Ausschreibungen. Weiter fragte er nach, ob die 550.000 Euro KAG-pflichtig seien.

Herr **Dr. Liedtke** antwortete, dass keine KAG-Pflicht bestehe. Eine Ausschreibung zur Baumaßnahme könne erst dann erfolgen, wenn die Finanzierung im Haushalt sichergestellt sei.

Herr **Diederichs-Späh** erinnerte sich an Gespräche, nach denen die Lärmschutzwand KAG-pflichtig sei.

Herr **Dr. Liedtke** betonte, dass eine KAG-Pflicht bei Sanierungen von Erschließungsanlagen anfalle, nicht aber bei der erstmaligen Herstellung dieser Maßnahme.

Beschluss:

Im Produkt 54.01.01 – Bau von Verkehrsflächen – wird für die Maßnahme Nr. 0591 „Lärmschutzwall Schimmelstraße“ im Haushaltsjahr 2017 ein Betrag in Höhe von bis zu 550.000 € außerplanmäßig bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 14.
004/2017 Bewerbung der Stadt Kamen um den Titel "FairTrade Town"

Frau **Scharrenbach** sprach sich gegen die Beschlussvorlage aus. Fair gehandelte Produkte kämen nicht aus der Region, sondern beispielsweise aus Südamerika. Auch das Prozedere rund um die Bewerbung sehe sie eher kritisch. Es sei ohnehin geübte Praxis und benötige keines Beschlusses.

Frau **Schaumann** schloss sich den Ausführungen von Frau Scharrenbach bedingt an. Allerdings werde die FW/FDP-Fraktion den Beschlussvorschlag nach einem Informationsaustausch mit der Verwaltung nicht ablehnen.

Frau **Peppmeier** erinnerte an den einstimmigen Beschluss des Rates zum Beitritt der Magna Charta Ruhr 2010. Diese Bewerbung sei nun ein weiterer zugesagter Schritt. Alle anderen Städte im Kreis und in der Region der Kulturhauptstadt hätten dies inzwischen schon umgesetzt und daher solle auch Kamen dieses Signal setzen. Im Kern gehe es um die kommunalpolitische Würdigung des Engagements und der vielfältigen Aktionen in der Stadt.

Herr **M. Krause** berichtete, dass das Bewusstsein für fair gehandelte Produkte, die sozial und umweltschonend hergestellt würden, in Deutschland wachse. Auf kommunaler Ebene nehme der Handel mit fair gehandelten Produkten zu. Er sehe den Beschluss als Vorbildfunktion für die Bürgerinnen und Bürger. Die SPD-Fraktion werde der Bewerbung zustimmen.

Herr **Grosch** sah die Bewerbung als positives Zeichen für alle kommunalen Akteure, die mit fair gehandelten Produkten wirtschafteten. Dieser Beschluss würde weitere Aktivitäten unterstützen.

Die Fraktion B90/Die Grünen begrüßten die Beschlussvorlage und schlossen sich den Ausführungen von Herrn Grosch an, so Frau **Dörlemann**. Mit Hilfe der Steuerungsgruppe sollten in Kamen positive Akzente gesetzt werden.

Beschluss:

1. Der Rat spricht sich für eine Teilnahme an der Kampagne FairTrade Town und die damit verbundene Bewerbung um den Titel „FairTrade Town“ aus.

2. Die Verwaltung wird beauftragt zur Umsetzung der Bewerbungskriterien folgendes zu veranlassen:

   a) bei allen Sitzungen des Rates der Stadt Kamen und im Büro des Bürgermeisters wird zukünftig neben Fairtrade-Kaffee ein weiteres Produkt aus Fairem Handel angeboten

   b) eine lokale Steuerungsgruppe einzurichten und in diese einen Vertreter der Verwaltung zu entsenden.

Abstimmungsergebnis: bei 8 Gegenstimmen mehrheitlich angenommen

Zu TOP 15.
003/2017 Bürgerwald Kamen

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die für die Anlage eines Bürgerwaldes vorgeschlagene Fläche bereitzustellen und das vorgeschlagene Konzept entsprechend der vorgelegten Richtlinien umzusetzen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 16.
Bäderplanung

Zu TOP 16.1.
Bericht der Verwaltung

Der **Bürgermeister** und Herr **Tost** referierten anhand einer PowerPoint-Präsentation *(der Niederschrift als Anlage beigefügt)* über die aktuelle Sachstandslage zum Bau eines Kombi-Bades in Kamen. Zusammenfassend stellten sie die wesentlichen Aspekte dar und wünschten sich eine offene Diskussion. Die Beschlussfassung solle möglichst im April erfolgen.

Die SPD-Fraktion spreche sich nach intensiven Gesprächen mit den Schulen und Vereinen für die Variante 2 zuzüglich eines 50m-Beckens im Freibadbereich aus, erläuterte Herr **M. Krause.** Insbesondere werde die 6. Bahn gewünscht. Da es sich bei dem Kombi-Bad-Neubau um eine langfristige Investition handele, sei besonders die Balance zwischen dem Nutzerinteresse und der finanziellen Sicherheit wichtig.

Herr **Diederichs-Späh** erläuterte seine Bedenken zum steuerrechtlichen Querverbund. Er fragte, ob eine Kreditaufnahme in Höhe von 15 Mio. Euro

für eine Haushaltsicherungskommune möglich sei, und ob in den Erlösen in Höhe von 490.000 Euro auch die städtischen Beiträge, beispielsweise des Schulschwimmens, eingerechnet worden seien.

Herr Wiedemann verließ um 18:45 Uhr die Sitzung und nahm an den weiteren Beratungen und Beschlussfassungen nicht teil.

Der **Bürgermeister** antwortete, dass in den Erlösen städtische Kostenübernahmen berücksichtigt worden seien. Die Haushaltsbelastung bleibe gleich. Die Diskussionen über den steuerrechtlichen Querverbund seien bekannt, aber es sei nicht unmöglich, diesen zu erhalten.

Bezüglich einer Kreditaufnahme von 15 Mio. Euro ergänzte Herr **Tost**, dass es bereits positive Gespräche mit der Aufsichtsbehörde gegeben habe.

Frau **Dörlemann** kritisierte erneut die Beschlussfassung eines Kombi-Bades im Haupt- und Finanzausschuss. Sie erläuterte die negativen Auswirkungen in Bönen bei zwei weiteren Kombi-Bad-Neubauten in unmittelbarer Nähe. Eine Entscheidung zu treffen sei schwierig. Es bestehe noch Beratungsbedarf. Daher begrüßte sie, dass eine mögliche Beschlussfassung erst im April erfolgen soll.

Der **Bürgermeister** bot der Fraktion B90/Die Grünen ein Gespräch unter Teilnahme von Herrn Baudrexl an. Er könne die Bedenken von Frau Dörlemann nachvollziehen. Er erläuterte die Diskussionen zum Betreibermodell.

Auf die Frage von Herrn **Diederichs-Späh,** ob zuerst der Konsortialvertrag geändert werden müsse, um im April einen Beschluss zu fassen, entgegnete der **Bürgermeister**, dass es keiner bestimmten Reihenfolge bedürfe.

Da die 6,5 Mio. Euro Zuschüsse für alle drei Bäder gelte, fragte Herr **Grosch,** wie hoch der Zuschuss für Kamen sei.

Der **Bürgermeister** antwortete, dass die Zuschüsse für Kamen 2,1 Mio. Euro betragen würden.

Auf die weitere Frage von Herrn **Grosch**, ob Wasserball nicht mehr möglich sei, da es kein 33m-Becken geben werde, entgegnete der **Bürgermeister**, dass Wasserball auch in 25m-Becken gespielt werden könne. Der SV Kamen habe konstruktiv in den Gesprächen mitgewirkt.

Herr **Stalz** erinnerte an die im letzten Jahr geführten Diskussionen für den Bau eines Kombi-Bades und fragte, ob man bei den Gesprächen hinsichtlich der Änderung des Konsortialvertrages zu einer kurzfristigen Lösung kommen werde. Da es sich bei einem Badneubau um eine weitreichende Entscheidung handele und noch einige Detailfragen erörtert werden müssten, wünschte er sich eine Beschlussfassung erst zum Sommer.

Der **Bürgermeister** erläuterte die geplante Zeitschiene zum Konsortialvertrag. Parallel laufe die Planung des Bades, so dass der Baubeginn für das Frühjahr 2018 denkbar sei. Letztlich entscheide der Rat über die zeitliche Vorgehensweise. Er bot auch der FW/FDP-Fraktion das Gespräch an, um die Detailfragen zu klären.

Zu TOP 16.2.

Antrag der Fraktion Die LINKE/GAL

Herr **Grosch** erläuterte den Antrag der Fraktion Die LINKE/GAL. Er wünschte hinsichtlich der Bäderplanung eine Bestandsgarantie für die Kleinschwimmhalle in Kamen-Heeren für mindestens weitere zehn Jahre.

Herr **M. Krause** berichtete, dass auch die SPD-Fraktion Gespräche mit den Initiatoren der Bürgerinitiative geführt habe. Der Betrieb der Kleinschwimmhalle werde mindestens so lange aufrechterhalten, bis der Neubau in Kamen-Mitte fertiggestellt worden sei. Bei größeren Reparaturen müsse im Einzelfall entschieden werden. Die Belange der Bürgerinitiative würden sehr ernst genommen. Allerdings könne heute nicht garantiert werden, ob der Betrieb in Heeren ab 2020/2021 parallel zum Kombi-Bad im Haushalt mitgetragen werden könne. Daher müsse die SPD-Fraktion den Antrag ablehnen.

Frau Middendorf verließ um 19:10 Uhr die Sitzung und nahm an den weiteren Beratungen und Beschlussfassungen nicht mehr teil.

Herr **Tost** merkte an, dass eine positive Beschlussfassung des Antrages haushaltsrechtliche Konsequenzen auslöse. Der Rat müsse auch Verantwortung für den Haushalt und für die Verwirklichung des Ausgleichs in 2022 tragen.

Herr **Stalz** berichtete über die geführten Gespräche mit der Bürgerinitiative, daher begrüße er den Antrag. Allerdings könne dieser aufgrund der finanziellen Aspekte, wie beispielsweise die Höhe der Instandhaltungen und der Betriebskosten, von der FW/FDP-Fraktion nicht mitgetragen werden.

Der **Bürgermeister** teilte mit, dass die GSW parallel zum Bau des Kombi-Bades auch größere Reparaturen in der Kleinschwimmhalle zusichere. Der jährliche Aufwand werde ca. 110.000 Euro betragen.

Frau **Schaumann** ergänzte die Ausführungen von Herrn Stalz. Ihre Fraktion werde den Antrag ablehnen und die Aufrechterhaltung aller weiteren Bäder parallel zum Bau des neuen Bades unterstützen. Darüber hinaus sehe sie den Antrag bei der momentanen Haushaltslage kritisch.

Frau **Scharrenbach** erklärte, dass die CDU-Fraktion sich für den Erhalt der Kleinschwimmhalle über 2020 hinaus einsetzen werde. Sie kritisierte, dass die Investitionsplanungen um 900.000 Euro höher liegen, als im GMF-Konzept zu Variante 2 veranschlagt, aber der Erhalt eines ortsnahen Schwimmangebotes nicht möglich sei. Sie wünschte sich aus Transparenzgründen die Beteiligung der GSW Geschäftsführung an den Diskussionen. Der Antrag der Fraktion Die LINKE/GAL sei nicht zustimmungsfähig, da der Großteil des Beschlussvorschlages schon zugesagt worden sei. Er treffe nicht den Kern des Anliegens.

Der **Bürgermeister** erläuterte die Aufgabenteilung zwischen Verwaltung und GSW Geschäftsführung. Die Transparenz sei im gesamten Findungsprozess bisher durchaus gegeben.

Herr **M. Krause** gab bei all den Diskussionen um die Kleinschwimmhalle in Heeren die Bädersituation in Methler zu bedenken, von der eine größere Mitgliederzahl betroffen sei.

Frau **Dörlemann** hielt eine 10-jährige Bestandsgarantie für problematisch. Dass der Betrieb in Heeren so lange aufrecht erhalten bleibe und Instandgehalten werde bis das neue Bad errichtet sei, sei schon länger bekannt. Daher werde die Fraktion B90/Die Grünen den Antrag ablehnen.

Der jährliche Aufwand in Höhe von ca. 110.000 Euro für die Kleinschwimmhalle sei im Gegensatz zu den anderen Bädern eher gering, so Herr **Grosch**. Er plädierte dafür, die Kleinschwimmhalle nicht nach dem Neubau des Kombi-Bades zu schließen.

Herr **Eckardt** betonte, dass bei einem Erhalt der Kleinschwimmhalle der jährliche Aufwand auf unabsehbarere Zeit zu Doppelstrukturen führen würde.

Frau **Scharrenbach** verwies auf das Handlungskonzept Wohnen. Sie halte es im Hinblick auf den demografischen Wandel und der daraus resultierenden Mobilitätseinschränkung in Heeren für wichtig, das Bad zu erhalten. Allerdings sei dies mit dem Antrag der Fraktion Die LINKE/GAL so nicht möglich. Es müssten andere Varianten erörtert und geprüft werden.

Herr **Heidler** erläuterte, dass die SPD-Fraktion das Schwimmangebot in Heeren sowie in den anderen Stadtgebieten sehr ernst nehme und bedarfsgerechte Lösungen anstrebe.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kamen beschließt, dass, wenn im Zuge der Umstellung des Bäderbetriebes auf ein Kombi-Bad die Schließung von bestehenden Einrichtungen ansteht, die Kleinschwimmhalle in Heeren vorläufig davon ausgenommen wird, indem der Betrieb dort für weitere zehn Jahre gewährleistet wird, eventuell anfallende kleinere Instandsetzungsarbeiten eingeschlossen.

Abstimmungsergebnis: bei 33 Gegenstimmen mehrheitlich abgelehnt

Zu TOP 17.
007/2017 Förderantrag zum Breitbandausbau

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit der Stadt Bergkamen und der Gemeinde Bönen auf der Grundlage der Richtlinie „Förderung zur Unterstützung des Breitbandausbaus in der Bundesrepublik Deutschland (Förderrichtlinie) des Bundesministeriums für Verkehr und Infrastruktur vom 22.10.2015 (gemäß der ersten Überarbeitung vom 20.Juni 2016) einen Förderantrag zum Breitbandausbau zu stellen.
Der Auftrag steht unter dem Vorbehalt, dass die Kooperationserklärung der beteiligten Kommunen zustande kommt und ein kompetenter Kooperationspartner gefunden wird.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 18.
006/2017 Erhöhung der Beteiligung der GSW an der Trianel Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG sowie der damit verbundenen mittelbaren Beteiligung an der Komplementär-GmbH und an Projektgesellschaften

Herr **Lütschen** begrüßte die Beschlussvorlage. Aus wirtschaftlicher Sicht sei es gut für die GSW und für Kamen. Bei aller Rendite sollte die regenerierte Energieerzeugung vor Ort nicht außer Betracht gelassen werden.

Herr **Grosch** schloss sich den Ausführungen von Herrn Lütschen an. Er merkte an, dass es sich um eine finanziell relevantere Summe handele als in der Vergangenheit. Er werde der Beschlussvorlage zustimmen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kamen schließt sich der Empfehlung des Aufsichtsrates der GSW vom 09.12.2016 an und stimmt folgendem Beschluss der Vertreter der Gesellschafterversammlung zu:

a) Die GSW erhöht ihre Kommanditeinlage bei der Trianel Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG (TEE) um bis zu 400.000,- Euro auf bis zu 3,4 Mio. Euro. Mit der vorstehenden Erhöhung der Beteiligung zwingend verbunden ist die Erhöhung der mittelbaren Beteiligung der GSW an der von der TEE zu 100% gehaltenen Komplementärgesellschaft Trianel Erneuerbare Energien Verwaltungs-GmbH mit einem Stammkapital von 25.000,- Euro.

b) Mit der vorstehenden Erhöhung der Beteiligung zwingend verbunden ist außerdem die Erhöhung der mittelbaren Beteiligung der GSW an den von der TEE derzeit oder künftig gehaltenen Gesellschaften, in denen Projekte realisiert werden, die den in der Anlage 1 des Gesellschaftsvertrages der TEE festgeschriebenen Kriterienkatalog erfüllen.

c) Die Zustimmung zum Abschluss und Eintritt in sämtliche Verträge, die im Rahmen der Erhöhung der Beteiligung erforderlich sind und werden, wird erteilt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 19.

Spielgeräte auf den Schulhöfen der Schulen
hier: gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, B90/Die Grünen, Die LINKE/GAL und der FW/FDP

Der Antrag wurde einvernehmlich auf die nächste Sitzung des Rates am 06.04.2017 vertagt.

Zu TOP 20.

Bewirtschaftung des öffentlich-geförderten Parkhauses am Bahnhof in Kamen-Mitte
hier: Antrag der CDU-Fraktion

Der Antrag wurde einvernehmlich auf die nächste Sitzung des Rates am 06.04.2017 vertagt.

Zu TOP 21.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

21.1 Mitteilungen der Verwaltung

Frau **Peppmeier** teilte mit, dass der Rettungsdienstbedarfsplan vorliege und eine Beschlussfassung im April dazu vorbereitet werde. Auswirkungen für Kamen seien ein weiterer neuer Standort für die Rettungswache, ein weiteres neues Fahrzeug und entsprechend zusätzliches Personal.

21.2 Anfragen

Aufgrund einer Presseanfrage an ihre Fraktion bat Frau **Dörlemann** um Informationen zu den Gasbohrungen auf Kamener Stadtgebiet.

Der **Bürgermeister** verwies auf seine Ausführungen in der letzten Ratssitzung. Er teilte erneut mit, dass es sich um keine Untersuchungserlaubnis für Bohrungen und nicht um Fracking handele.

gez. Hupe
Bürgermeister

gez. Peppmeier
Schriftführerin